

Diese haben bei richtiger Anwendung eine gute Wirkung ohne schädliche Nebenwirkungen. Zudem sind sie in der Regel kostengünstiger als die pharmazeutischen Präparate.

Die Wissenschaftsfreiheit ist ein Grundrecht gemäss Bundesverfassung. Die Behörden wären besonders verpflichtet, diesen Grundsatz in der Praxis anzuwenden. Wenn dies beachtet wird, so ist die heutige Zusammensetzung von Arzneimittelkommission und Leistungskommission – die einseitig auf die Doktrin der Schulmedizin festgelegt sind – überfällig für eine Neustrukturierung. Dies hat bekanntlich die IKS (Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel) schon vor einiger Zeit erkannt und hat eine Erneuerung der Gutachterkollegien bereits angefangen.

Unter dem Begriff «Erfahrungsmedizin» sind in diesem Zusammenhang jene Medizinern zu verstehen, die sich mit langjähriger praktischer Erfahrung durch diplomierte Aerzte ausweisen können. Dies trifft zu für folgende Vereinigungen:

- Schweizerische Aerztesgesellschaft für Erfahrungsmedizin
- Schweizerischer Verein homöopathischer Aerzte
- Vereinigung anthroposophisch orientierter Aerzte in der Schweiz.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 6. September 1989

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 6 septembre 1989

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

89.549

Postulat Nussbaumer

Kostenteilung für Umweltschutzmassnahmen bei nationalen Verkehrsträgern

Défense de l'environnement. Répartition des frais

Wortlaut des Postulates vom 22. Juni 1989

Ich ersuche den Bundesrat zu prüfen, ob nicht dort, wo nationale Verkehrsträger zweimal die gleichen Landschaften durchschneiden, die Kosten für Verhütung oder Milderung der Durchschneidungsschäden sowie die Vorkehrungen zum Schutze der Landschaft dann auf beide Verkehrsträger gleichmässig zu verteilen sind, wenn bei der Erstdurchschneidung den Belangen des Natur- und Umweltschutzes nicht oder nur ungenügend Rechnung getragen worden ist.

Texte du postulat du 22 juin 1989

J'invite le Conseil fédéral à examiner s'il ne conviendrait pas de répartir à parts égales les frais engendrés par la prévention et la réduction des dommages causés par la traversée des terres par des voies de communication ainsi que les mesures devant être prises pour protéger le paysage, dans les cas où deux voies de communication nationales coupent un même paysage et que les considérations de protection de la nature et de l'environnement n'ont pas été prises en compte, ou l'ont été insuffisamment, lors de la réalisation du premier projet.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Basler, Blatter, Bonny, Bürgi, Büttiker, Daepf, David, Fehr, Hänggi, Jung, Kühne, Ledergerber, Loretan, Luder, Pini, Ruckstuhl, Schnider, Seiler Rolf, Steinegger, Wanner, Weber-Schwyz, Widrig, Zölch - (23)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

In den Sechziger- und Siebzigerjahren wurden nationale Verkehrsträger oft ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt nach rein technischen und ökonomischen Gesichtspunkten ge-

baut. Die Zunahme des Verkehrs machte diese Bauwerke notwendig, damit die stark befahrenen Ortschaften und Agglomerationen vom Durchgangsverkehr befreit werden konnten. Viele Wälder, unberührte Geländekammern und Landschaften konnten ohne grosse Schwierigkeiten entzweigeschnitten werden.

Erst im vergangenen Jahrzehnt ist das Umweltbewusstsein landesweit gestiegen. Heute sind die Anforderungen an die Erbauer sehr hoch. Eingehende Umweltverträglichkeitsprüfungen, Forderungen nach Untertunnelungen, Wilddurchlässen oder Vernetzung der Lebensräume für die Fauna müssen vom Zweiterbauer berücksichtigt werden, ohne dass der Erbauer der Erstdurchschneidung die höheren Anforderungen und Kosten der Umweltmassnahmen mittragen hilft.

Als gravierende Durchschneidungen der Landschaften sind abgezünte Verkehrsträger einzustufen. Ueberall dort, wo Landschaften von besonderer Schönheit mehrfach durchschnitten werden, werden dem Erbauer der zweiten Durchschneidung auch die Unterlassungen des Erstverursachers angelastet. Ein Kostenausgleich drängt sich auch dann auf, wenn im Baubereich des Ersterbauers keine direkten neuen Naturschutzmassnahmen gebaut werden.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 18. September 1989

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 18 septembre 1989

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Präsident: Das Postulat wird von Herrn Dreher bekämpft. Die Diskussion wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Verschoben – Renvoyé

89.552

Postulat Schüle

Umweltbezogene Marktinformation

Produits «propres».

Information des consommateurs

Wortlaut des Postulates vom 22. Juni 1989

Der Bundesrat wird eingeladen, die Einführung von Umweltklassen für Stoffe und Produkte zu prüfen mit dem Ziel, durch diese Information eine Marktlenkung im Sinne eines effizienteren Umweltschutzes zu erreichen.

Texte du postulat du 22 juin 1989

Le Conseil fédéral est invité à considérer l'introduction de classes d'écotoxicité pour les substances et les produits, cette information ayant pour objet d'influer sur le marché, de manière à encourager la protection de l'environnement.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Allenspach, Antille, Bremi, Büttiker, Couchepin, Eppenberger Susi, Fäh, Fischer-Seengen, Giger, Loretan, Martin, Mauch Rolf, Mühlemann, Müller-Meilen, Nabholz, Petitpierre, Spälti, Spoerry, Steinegger, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Wyss Paul, Zwingli (25)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Umweltverträglichkeit von Stoffen und Produkten soll auf einfache und augenfällige Art deklariert werden, so dass der Konsument seine Kaufentscheide zugunsten umweltverträglicherer Produkte fällen kann.

Denkbar ist ein Klassifizierungssystem ähnlich der Giftklassen, wobei auch eine Auszeichnung besonders umweltfreundlicher Stoffe und Produkte möglich wäre.

Rechtlich lässt sich diese Massnahme auf der Verordnungsstufe realisieren, abgestützt auf die Sachkompetenz des Bundes gemäss Artikel 27 Umweltschutzgesetz.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 13. September 1989
Déclaration écrite du Conseil fédéral du 13 septembre 1989

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

89.554

Postulat Schüle
Entsorgungsgebühr für Batterien
Recyclage des piles

Wortlaut des Postulates vom 22. Juni 1989

Der Bundesrat wird eingeladen, vorgezogene Entsorgungsgebühren für Batterien auf der Stufe Hersteller/Importeure vorzusehen.

Texte du postulat du 22 juin 1989

Le Conseil fédéral est invité à prévoir une taxe anticipée d'élimination des piles, prélevée auprès du fabricant ou de l'importateur.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Antille, Bonny, Bremi, Büttiker, Couchepin, Eppenberger Susi, Fäh, Fischer-Seengen, Giger, Loeb, Martin Paul-René, Mauch Rolf, Mühlemann, Müller-Meilen, Nabholz, Petitpierre, Spälti, Spoerry, Steinegger, Stucky, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Wyss Paul, Zwingli (26)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Batterien sind die bedeutendste Quelle von Quecksilber, das in die Umwelt gelangt. Mit dem Recycling kann eine Umweltbelastung vermieden werden. Eine effiziente Lösung könnte wie folgt aussehen:

Hersteller und Importeure bezahlen pro verkaufte Batterie 20 Rappen in einen Fonds und erhalten bei der Wiederverwertung zum Beispiel 13 Rappen zurückerstattet. Der verbleibende Ueberschuss dient zweckgebunden der Finanzierung der Entsorgung bei Kehrlichverbrennungsanlagen und Deponien. Während für den einzelnen Konsumenten der finanzielle Anreiz nur gering wäre, fällt er auf der Stufe Hersteller/Importeure ins Gewicht.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 6. September 1989
Déclaration écrite du Conseil fédéral du 6 septembre 1989

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

89.558

Postulat Aubry
Bundesbeiträge an Krankenkassen.
Aufteilung
Répartition des subsides annuels
aux caisses-maladie

Wortlaut des Postulates vom 23. Juni 1989

Der Bundesrat wird eingeladen, die Aufteilung der Bundesbeiträge an die Krankenkassen zu überprüfen, damit das Weiterbestehen jener Kassen, welche die schlechten Risiken tragen, gesichert werden kann.

Mit einer neuen, risikoabhängigen Aufteilung der Beiträge liesse sich eine Erhöhung der Bundesbeiträge an die Krankenkassen verhindern.

Artikel 35 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 1911 über die Krankenversicherung könnte folgendermassen gestaltet werden:

1. Erhöhung der Beiträge für Kinder bis zum 18. Altersjahr
2. Reduktion der Beiträge für Frauen vom 18. bis zum 40. Altersjahr um die Hälfte
3. Erhöhung der Beiträge für Frauen über 40 Jahre
4. Streichung der Beiträge für Männer vom 18. bis zum 65. Altersjahr
5. Verbesserte Beiträge für Invalidenrentner
6. Die Bundesbeiträge für Mutterschaftsleistungen sind entsprechend den effektiven Kosten in der Allgemeinen Abteilung gemäss schweizerischem Landesdurchschnitt festzulegen.
7. Für die Männer über 65 Jahre sind die Beiträge wiederum auszurichten.

Texte du postulat du 23 juin 1989

Le Conseil fédéral est invité à examiner une meilleure répartition des subsides des caisses-maladie de façon à permettre aux caisses qui supportent les mauvais risques de subsister. Cette répartition différente des subsides selon les risques permettrait de ne pas augmenter les subsides fédéraux aux caisses-maladie.

L'article 35 de la LAMA pourrait être rédigé comme suit:

La Confédération alloue aux caisses les subsides annuels selon la répartition suivante:

1. Augmentation des subsides pour les enfants de zéro à 18 ans
2. Subsides réduits de moitié pour les femmes de 18 à 40 ans
3. Augmentation des subsides pour les femmes de 40 ans et plus
4. Suppression des subsides pour les hommes de 18 à 65 ans
5. Subsides améliorés pour les bénéficiaires
6. Subsides fédéraux pour accouchements doivent être versés en fonction des coûts réels en «chambre commune» selon le principe des moyennes suisses
7. Pour les hommes de 65 ans et plus, les subsides ordinaires sont à nouveau versés.

Mitunterzeichner – Cosignataire: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit
L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 23. August 1989
Déclaration écrite du Conseil fédéral du 23 août 1989

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Ueberwiesen – Transmis

Postulat Schüle Umweltbezogene Marktinformation

Postulat Schüle Produits «propres». Information des consommateurs

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	89.552
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.10.1989 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1725-1726
Page	
Pagina	
Ref. No	20 017 798

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.